

Pressemitteilung

AbL fordert von Handels- und Schlachtkonzernen eine deutlich verbesserte Tierwohl-Finanzierung

Handel und Schlachtbranche müssen allen interessierten Schweinehaltern konsequente Tierwohlmaßnahmen ermöglichen!

Anlässlich der aktuellen Neuverhandlungen von Bauernverband, des Lebensmittelhandel und der Schlachtunternehmen über die "Initiative Tierwohl" und die Finanzierung von Tierwohlmaßnahmen durch den Lebensmittelhandel („Initiative Tierwohl“) fordert die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) Niedersachsen/Bremen eine Aufstockung der Mittel, damit künftig alle interessierten Schweinehalter teilnehmen könnten. Der AbL-Agrarindustrie-Experte Eckehard Niemann befürwortete diese Initiative vor allem deshalb, weil sie es den Schweinehaltern ermögliche, sich gegen Kostenerstattung auf die Regelungen vorzubereiten, die laut geltender EU-Schweinehaltungs-Richtlinie in anderen Ländern bereits erfolgreich umgesetzt und die bald auch hierzulande ordnungsrechtlich verbindlich würden. Die EU-weit durchzusetzenden Tierwohl-Vorgaben brächten als automatischen Nebeneffekt die Verringerung der ruinösen Überschuss-Produktion zugunsten endlich kostendeckender Erzeugerpreise. Die AbL kritisierte die in den Medien zitierte Forderung des Deutschen Bauernverbands, in der „Initiative Tierwohl“ gerade Wahlmöglichkeiten der Landwirte für jene Maßnahmen zu streichen, die besonders tierwohlgerecht seien – z.B. die Schaffung von Auslauf und Stroheinstreu, von Außenklimareizen und von freier Abferkelung. Gerade diese Kriterien seien Verbrauchern bzw. Bürgern besonders wichtig sind und spielten für die Akzeptanz der Schweinehaltung eine zentrale Rolle. Der AbL-Landesverband Niedersachsen/Bremen forderte die rotgrüne Landesregierung auf, den schon von der schwarz-gelben Vorgängerregierung erarbeiteten Tierschutzplan mit festen Umsetzungsfristen ohne elementare Abstriche umzusetzen. Es sei erfreulich, dass auch andere Bundesländer diesen Tierschutzplan umsetzen wollten – deshalb dürfe sich gerade Bundesagrarminister Schmidt nicht weiter um diese zentrale politische Aufgabe herumdrücken.

2.115 Zeichen – 11.03.2016